

NIEDERSCHRIFT

2. Sitzung (VIII. Wahlperiode)
Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 26.01.2010

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Beratungen zum Haushalt 2010 VIII/98
 - a) Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) Haushaltssicherungskonzept 2010
4. Stellen- und Organisationsplan 2010 der Stadt Korschenbroich sowie VIII/76.1
der städtischen Eigenbetriebe
5. Mitteilungen
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Ausführung des Stellenplanes 2010 VIII/100
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

2. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 26. Januar 2010, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Fonk, Petra

(als Vertreterin für Lieser, Wolfgang)

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Roden, Erwin

(als Vertreter für Heimanns, Hans Bert)

Venten, Marc

SPD-Ratsfraktion

Jahny, Paul

Neumann, Max

Richter, Albert

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

FDP-Ratsfraktion

Trautermann, Herbert

Wolf-Kluthausen, Hanne

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Houben, Wolfgang

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Beigeordneter Graaff, Rudolf

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Stadtratsrat Schröder, Achim

(Schriftführer)

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 2. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtratsrat Achim Schröder einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Beratungen zum Haushalt 2010

a) Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen

b) Haushaltssicherungskonzept 2010

Vor Beginn der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt schlägt Bürgermeister Heinz Josef Dick dem Hauptausschuss vor, die Beratung entsprechend der nachfolgenden Agenda vorzunehmen. In dieser Agenda wurden von Seiten der Verwaltung die jeweiligen Anträge und Anfragen der Fraktionen gebündelt und nach Themenbereichen gegliedert.

Entsprechend dieser Gliederung schlägt er vor, diese Punkte sukzessive zu beraten und im Anschluss direkt über die jeweiligen Anträge abzustimmen bzw. die Anfragen zu beantworten.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die Anträge der Fraktionen sind der Urschrift der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

3.a) Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen

3. Einleitung

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt als Einstieg zur Haushaltsberatung anhand einer Folie die im Zeitraum 2000 – 2010 getätigten Investitionen, die hierfür aufgenommenen Kredite sowie die Entwicklung der Liquiditätskredite im gleichen Zeitraum dar. Siehe hierzu erläuternd die Anlage 1 der Niederschrift.

3.1 Antrag der Sportfreunde Neersbroich auf Bezuschussung eines Kunstrasenspielfeldes

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert den Antrag der Sportfreunde Neersbroich zur Errichtung eines Kunstrasenspielfeldes. Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Ausschussmitglied Marc Venten nimmt zum Antrag der Sportfreunde Neersbroich Stellung und weist auf die Wichtigkeit dieses Vereins hin, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit. Aber wie bereits von Bürgermeister Heinz Josef Dick ausgeführt, hat die Stadt Korschenbroich derzeit keine finanziellen Spielräume für eine solche Bezuschussung. Der Fehlbetrag des Jahres 2010 beläuft sich auf nunmehr 13.000.000,00 EUR. Allgemeiner Konsens ist, dass ein Kunstrasenspielfeld für die Sportfreunde Neersbroich sehr wichtig und auch wünschenswert ist, aber auch mittelfristig durch die Stadt Korschenbroich finanziell nicht zu realisieren sei.

Ausschussmitglied Paul Jahny lobt ebenfalls die sehr positive Jugendarbeit dieses Vereins und führt zu diesem Antrag aus, dass dieser bereits vor Jahren einmal gestellt worden sei und auch fast realisiert worden wäre, jedoch auch damals konnten die enormen Kosten von Seiten des Vereins nicht abgedeckt werden. Im Augenblick sieht er für die Stadt Korschenbroich keine finanziellen Spielräume, eine solche Errichtung eines Kunstrasenspielfeldes zu finanzieren.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen schließt sich den Ausführungen der Vorredner an und bekräftigt noch einmal, dass die Haushaltslage der Stadt Korschenbroich eine solche Bezuschussung nicht zulasse.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben führt aus, dass keine finanziellen Spielräume derzeit gesehen werden, eine solche Maßnahme zu bezuschussen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel erinnert daran, dass das Ansinnen dieses Vereins im Jahre 2008 fast realisiert werden konnte, jedoch an den enormen Kosten eines solchen Kunstrasenspielfeldes gescheitert sei. Aus städtischen Mitteln ist eine Bezuschussung derzeit nicht möglich.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage des städtischen Haushaltes keine Möglichkeit gesehen werde, ein solches Kunstrasenspielfeld zu errichten. Insbesondere werden zukünftig durch die anvisierten Steuererleichterungen der Bundesregierung bei den Kommunen weitere Einnahmen wegbrechen, so dass derzeit keine Hoffnung besteht, eine solche Maßnahme auch mittelfristig aus städtischen Mitteln zu finanzieren.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.1	Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt somit einstimmig den Antrag der Sportfreunde Neersbroich, einen der Sportplätze in ein Kunstrasenspielfeld umzuwandeln, ab.	

3.2 Anträge der Fraktionen

3.2.1 Personal/Organisation

– Bericht der Verwaltung zu Einsparungen im Personalbereich (CDU/SPD-Antrag 1a) – 1c)), Stellreduzierung (Aktive, Antrag 1. Personal)

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert anhand einer Folie zum internen Stellenvergleich die Entwicklung der Verwaltungsstellen in den Jahren 2008 – 2010. Ohne Kitas haben sich

diese Stellen in 2008 von 206,99 auf in 2010 202,22 reduziert. Die Tabelle zum internen Stellenvergleich ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Ausschussmitglied Peter Berger erläutert den gemeinsamen Antrag von CDU/SPD zur Personalbewirtschaftung. Er führt aus, dass im Bereich der Personalausgaben keine pauschalen Kürzungen vorgenommen werden sollten, explizit sei von der Verwaltung zunächst ein Konzept zu erarbeiten, inwieweit Einsparmöglichkeiten bei den Personalausgaben möglich und auch umsetzbar sind. Beide Fraktionen sprechen sich gegen betriebsbedingte Kündigungen aus. Zielvorgabe der Verwaltung sollte der Gemeindeprüfungsbericht sein, wonach in der mittelfristigen Planung die Personalausgaben unterhalb des ermittelten Mittelwertes bleiben sollten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Einrichtung eines sogenannten Hausmeisterpools möglich ist. Durch die Einrichtung eines Hausmeisterpools könnten die Hausmeister an den verschiedenen Standorten der stadteigenen Gebäude flexibel eingesetzt werden, anstelle einer konkreten Zuordnung zu bestimmten Objekten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zukünftig bei freiwerdenden Stellen im Bereich des stadteigenen Reinigungspersonals zu prüfen, ob eine Vergabe an Fremdreinigungsfirmen wirtschaftlicher sei.

Ausschussmitglied Albert Richter ergänzt hierzu, dass bei den Personalausgaben keine Steigerungen mehr zugelassen werden sollten. Die Personalausgaben sollten sich an den Ist-Ausgaben orientieren, damit der von der GPA vorgegebene Mittelwert zukünftig nicht gerissen wird. Durch Einrichtung des Hausmeisterpools kann insgesamt die Verwaltung flexibler handeln. Mit der Vergabe von Reinigungsarbeiten an Fremdfirmen sei vorsichtig umzugehen, da diese zu keinerlei Kündigungen des Personals führen dürfen.

Ausschussmitglied Herbert Trautermann bemängelt beim gemeinsamen Antrag der CDU/SPD Fraktion, dass dieser zu spät gestellt werde, da der Haushalt 2010 vorliegt.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet Herrn Trautermann von der FDP-Ratsfraktion, dass seine Fraktion im Sammelantrag zum heutigen Hauptausschuss sogar ein Einsparpotential bei den Personalaufwendungen bereits für 2010 von 200.000,00 EUR fordert. Wie solle so etwas realistisch umgesetzt werden können. Wenn ein Schwimmmeister aus Altersgründen ausscheide, darf die Stelle dann nicht mehr besetzt werden? Oder wenn ein Mitarbeiter der Alarmierungszentrale ausscheidet, darf die Stelle dann nicht mehr besetzt werden? Wenn so etwas gewollt sei und keine internen Umschichtungen vorgenommen werden dürfen, dann werden diese Dienste eingeschränkt, so dass eine Aufrechterhaltung des Schwimmbades oder der Alarmierungszentrale nicht mehr möglich ist.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erklärt, dass der Antrag sich nicht auf spezielle Bereiche beziehe, sondern man solle nur nicht starr bleiben und durch geeignete Umschichtungen Personalkosten einsparen. Stellenausweitungen in einzelnen Bereichen sollte es nicht geben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass es immer wieder zu zusätzlichen Aufgaben und auch Stellen kommen kann, auf der anderen Seite fallen aber auch Stellen in anderen Bereichen der Kernverwaltung weg. Unter dem Strich werden jedoch insgesamt Stellen in der Kernverwaltung abgebaut. Entscheidend ist die Zahl der Köpfe, denn diese müssen letztendlich bezahlt werden.

Beigeordneter Rudolf Graaff ergänzt die Ausführungen des Bürgermeisters an konkreten Sachverhalten und unterstreicht nochmals, dass in der Kernverwaltung bereits Stellenreduzierungen stattgefunden haben.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bezieht sich auf den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive und beantragt freie und freiwerdende Planstellen und Stellen nicht wieder zu besetzen. Der Rat der Stadt Korschenbroich kann jedoch diese Besetzungssperre aufheben, sobald von der Verwaltung der abschließende Bericht zu den aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt geforderten Personaleinsparungen vorgelegt wird. Die Besetzungssperre gilt jedoch nicht für Stellen für Erzieherinnen und Erzieher. Zusätzlich erweitert er den gestellten Antrag und möchte wissen, welche Einstellungen im Betrachtungszeitraum vorgenommen worden sind.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert hierzu, dass der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt derzeit von der Organisationsabteilung untersucht wird. Im Sommer dieses Jahres wird ein Ergebnis hierzu vorliegen. Sobald dieses Ergebnis vorliegt, können auch verwaltungsintern die hierzu notwendigen Konsequenzen aus dem GPA-Bericht gezogen werden.

Beigeordneter Rudolf Graaff merkt zu der Problematik der Reinigungskräfte an, dass zurzeit keine ausscheidenden Reinigungskräfte durch eigenes Personal ersetzt werden, sondern Reinigungsfirmen hiermit beauftragt werden.

Ausschussmitglied Peter Berger bezieht sich auf den Antrag der FDP-Ratsfraktion pauschal in 2010 bei den Personalaufwendungen 200.000,00 EUR einzusparen und führt hierzu aus, dass dieser sehr plakativ und im Detail völlig unausgegoren sei, da hinter einer geforderten Einsparung von 200.000,00 EUR vier Stellen stehen. Dann sollten diese Stellen auch genannt werden, auf welche Aufgaben man verzichten und welches Personal freigesetzt werden sollte. Des Weiteren geht er auf den Antrag der FDP-Ratsfraktion ein, Rückstellungen für Urlaub, Überstunden etc. von rd. 700.000,00 EUR, die in der Eröffnungsbilanz erstmals ausgewiesen sind, ertragswirksam aufzulösen. Auch diese Forderung sei sehr plakativ, aber auch wiederum nicht konkret, da die Auswirkung einer solchen Auflösung nicht handelbar sei.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen entgegnet hierzu, dass die Rückstellung in Höhe von 700.000,00 EUR erstmalig im NKF entstanden sei. Da diese Einstellung der Rückstellung in der Eröffnungsbilanz 2008 vorgenommen sei, muss sukzessive durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2009 in 2010 Überstunden und Urlaub der einzelnen Mitarbeiter dergestalt geregelt werden, dass diese Rückstellung sukzessive aufgelöst werden kann.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze entgegnet hierzu, dass es richtig sei, dass diese Rückstellung erstmals in der Eröffnungsbilanz 2008 gebildet worden sei und diese auch zukünftig sukzessive abgebaut wird. Zu den beantragten 200.000,00 EUR Einsparpotential bei den Personalaufwendungen führt er aus, dass bereits in den kalkulierten Personalaufwendungen 2010 eine pauschale Erstattung von 100.000,00 EUR eingeplant sei, da in dieser Größenordnung erfahrungsgemäß über das Jahr gesehen Mitarbeiter aufgrund längerer Erkrankung aus der Lohnfortzahlung wegfallen. Ein noch höherer Betrag wird nicht realistisch sein.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt zu den einzelnen Anträgen der Fraktionen fest, dass nach der Aussage des Bürgermeisters 2 Stellen im Bereich der Kernverwaltung eingespart worden sind, weitere Einsparungen bei den Personalaufwendungen stehen im Haushaltssicherungskonzept. Frage ist nur, sind diese für die nächsten Haushaltsjahre realistisch. Im Bereich der Reinigung sollte darauf geachtet werden, dass Fremdvergaben an Firmen dergestalt vorgenommen werden sollten, dass wieder neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigte entstehen und hier kein Eintausch zwischen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und befreiter Beschäftigung stattfindet.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 7 von 27

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze entgegnet hierzu, dass im Haushaltssicherungskonzept 150.000,00 EUR für 2011, 200.000,00 EUR für 2012 und 250.000,00 EUR für 2013 an Einsparungen für Personalaufwendungen eingeplant seien. Diese Einsparungen werden von der Verwaltung als realistisch eingestuft, da durch Fluktuation und Aufgabenkritik eine solche Einsparung möglich sei. Die konkrete Ausgestaltung sollte jedoch dem jetzt in der Verwaltung installierten Arbeitskreis vorbehalten sein. Zum Thema Fremdvergaben an Reinigungsfirmen führt er aus, dass diese Firmen hinsichtlich der zu zahlenden Mindestlöhne vom Zoll überprüft werden und somit von staatlicher Seite darauf geachtet wird, dass die Reinigungsfirmen die Zahlung der Mindestlöhne auch einhalten. Von Seiten der Stadt Korschenbroich werden Fremdvergaben nur im rechtlichen zulässigen Rahmen vergeben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt hierzu, dass gerade im Bereich der Reinigungsfirmen sicherlich ein grauer Markt besteht. Es wird aber von Seiten der Verwaltung darauf geachtet, dass nur Vergaben an Reinigungsfirmen erfolgen, die der Gewährung der Mindestlöhne Rechnung tragen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt, dass die Tarifbindung bei den Reinigungsfirmen gekippt worden sei, es jedoch eine Empfehlung gibt, die vereinbarten Mindestlöhne nicht zu unterschreiten.

Beigeordneter Rudolf Graaff ergänzt, dass es sicherlich viele Gestaltungsvarianten bei den Reinigungsfirmen hinsichtlich der Entlohnung gibt, die alle rechtlich zulässig sind.

Ausschussmitglied Albert Richter fragt bei der Verwaltung nach, ob bei der Stadt Korschenbroich 400-EUR-Kräfte beschäftigt sind.

Beigeordneter Rudolf Graaff bejaht dies.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bezieht sich auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, danach sollte der Bericht der Verwaltung auch Bewertungen hinsichtlich des kritisierten überdurchschnittlichen Anteils von Stellen des höheren Dienstes beinhalten.

Ausschussmitglied Herbert Trautermann bittet die Verwaltung, das Personalentwicklungskonzept möglichst kurzfristig der Politik zur Verfügung zu stellen.

Beigeordneter Rudolf Graaff sagt die Vorlage des Personalentwicklungskonzeptes für Mitte des Jahres zu, da dies auch eine Notwendigkeit im Rahmen der Vorlage des Haushaltssicherungskonzeptes sei.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack bemängelt, dass Einsparungen beim Personal immer nur an der Basis vorgenommen werden. Er fordere, dass hohe Bedienstete der Verwaltung freiwillig auf 10, 15 oder 20 % ihrer Bezüge verzichten sollten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass der Besoldung der einzelnen Mitarbeiter auch Tarifrecht gegenübersteht. Das was den Mitarbeitern der Verwaltung lt. Tarif oder Besoldung zusteht, das sollten sie auch bekommen.

Ausschussmitglied Albert Richter entgegnet dem Antrag der Fraktion Die Linke, dass es Aufgabe der Gewerkschaften sei, über Gehälter zu verhandeln. Wenn Opel z.B. einen Haustarif hat, kann das nicht mit der Stadtverwaltung verglichen werden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel führt zur vorgeschlagenen Bildung eines Hausmeisterpools aus, dass es hierdurch möglich sei, die handwerklichen Qualifikationen der Einzelnen zu bündeln und somit könnten Schäden an Gebäuden frühzeitig erkannt und kostengünstig

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 8 von 27

behaben werden. Durch die Bildung eines solchen Pools lassen sich möglicherweise Fremdvergaben reduzieren.

Ausschussmitglied Marc Venten entgegnet, dass auch die derzeit praktizierte objektbezogene Zuordnung von Hausmeistern seine Vorteile hätte, da sich der einzelne Hausmeister mehr mit seinem Gebäude identifiziert.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erklärt hierzu, dass sich das bisherige Verfahren zwar bewährt hat, dies müsse aber für die Zukunft nicht mehr gelten.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.2	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, bis zur Mitte des Jahres 2010 einen Bericht vorzulegen, inwieweit Einsparungen im Bereich der Personalausgaben anhand der Untersuchungsergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt NRW aus dem Jahre 2009 realisiert werden können. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, durch Ergreifung der hierfür erforderlichen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ermittelte Wert der bereinigten Personalausgaben bezogen auf die Einwohnerzahl in der mittelfristigen Planung weiterhin unterhalb des Mittelwertes vergleichbarer Kommunen bleibt.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.3	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, zu prüfen, ob die Einrichtung eines sogenannten "Hausmeisterpools", d.h. die Schaffung der Möglichkeit die vorhandenen Hausmeisterkräfte flexibel an den verschiedenen Standorten der stadt eigenen Gebäude im Stadtgebiet einzusetzen, anstelle einer Zuordnung zu bestimmten Objekten, möglich ist und in wirtschaftlicher Hinsicht eine Verbesserung zum jetzigen Zustand darstellen würde.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.4	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, zukünftig bei freiwerdenden Stellen im Bereich des stadt eigenen Reinigungspersonals zu prüfen, ob eine Vergabe der Reinigungsarbeiten an Fremdreinigungskräfte wirtschaftlicher ist.	

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezieht sich nochmals auf den Antrag der FDP-Ratsfraktion, die Rückstellungen für Urlaub, Überstunden etc. von rd. 700.000,00 EUR, die in der Eröffnungsbilanz erstmals ausgewiesen sind, aufzulösen. Seiner Auffassung nach sollte diese Position zukünftig sukzessive abgebaut werden.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 9 von 27

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt hierzu aus, dass die Position von 700.000,00 EUR in der Eröffnungsbilanz 2008 auch in 2009 in etwa gleich geblieben ist.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt hierzu, dass es stetiges Bemühen der Verwaltung ist, Überstunden und Urlaub abzubauen, aber dies kann nur ohne Gewähr erfolgen.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.5	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Ratsfraktion, Rückstellungen für Urlaub, Überstunden etc. von rd. 700.000,00 EUR, die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen sind, aufzulösen, ab.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.6	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Ratsfraktion, eine sofortige Beförderungs- und Besetzungssperre/Einstellungssperre für 2 Jahre zu verhängen, ab.	
Den Antrag der FDP-Ratsfraktion, den Stellenplan auf Stand 2009 zu belassen (ausgenommen Kindertageseinrichtungen) wird von der Fraktion zurückgezogen.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.7	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Ratsfraktion, ein Einsparpotential bei Personalaufwendungen bereits in 2010 von 200.000,00 EUR zu realisieren, ab.	
Über den Antrag der FDP-Ratsfraktion, das bereits seit 2008 geforderte Personalbewirtschaftungs- und Entwicklungskonzept dringend und kurzfristig zu erstellen, wird aufgrund der Ausführung der Verwaltung nicht abgestimmt.	

3.2.2 Interkommunale Zusammenarbeit (alle FDP)

– Trägerschaft Kitas an Rhein-Kreis Neuss

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beantragt, die Trägerschaft der städtischen Kindergärten auf den Rhein-Kreis Neuss zu übertragen. Hierzu möge die Verwaltung über das weitere Vorgehen berichten sowie aktuelle Zahlen und Berechnungen vorlegen. Insgesamt sei nach Auffassung der FDP ein Einsparpotential von rd. 1,2 Mio. EUR in den Jahren 2010, 2011 ff. zu erzielen.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 10 von 27

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert anhand einer Folie aus 2003 das Einsparpotential, das durch eine Übertragung der städtischen Tageseinrichtungen für Kinder auf den Rhein-Kreis Neuss erzielt werden könnte. In Summe waren dies seinerzeit 118.738 EUR. Die Folie ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt. Er weist auch darauf hin, dass jedoch durch die zwischenzeitlich geänderte interne Organisationsform Beträge gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 eingespart werden konnten.

Ausschussmitglied Albert Richter führt aus, dass durch die Übertragung auf den Rhein-Kreis Neuss dem dargestellten Einsparvolumen auch Mehrbelastungen aus einer dann höheren Jugendamtsumlage gegenüberstünden. Dies müsste dann noch genauer untersucht werden.

Ausschussmitglied Marc Venten fragt nach, wie sich eine evtl. Übertragung der städtischen Tageseinrichtungen auf den Rhein-Kreis Neuss auf die geplante U3-Betreuung bei der Stadt Korschenbroich auswirken würde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt hierzu, dass der Ausbau der U3-Betreuung eine gesetzliche Verpflichtung sei, diese gelte dann auch für den Rhein-Kreis Neuss. Er gibt jedoch zu bedenken, dass bei einer Übertragung auf den Rhein-Kreis Neuss die Einflussmöglichkeiten der Stadt Korschenbroich und somit auch die Gestaltungsspielräume geringer sind als bei der gegenwärtigen Organisationsform.

Ausschussmitglied Jutta Goebel stellt heraus, dass die in 2003 angedachte Übertragung nur aufgrund massiver Eltern- und Personalbeschwerden nicht zustande gekommen sei. Heute müssten wir jedoch aufgrund des hohen Defizits neu rechnen und sie halte eine Übertragung auf den Rhein-Kreis Neuss aufgrund der bisher gemachten positiven Erfahrung mit dem örtlichen Jugendamt nicht für abwegig.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist nochmals darauf hin, dass mit einer Übertragung ein wesentliches Steuerungsinstrument aus der Hand gegeben wird.

Ausschussmitglied Herbert Trautermann erbittet von der Verwaltung aktuellere Zahlen als die aus dem Jahre 2003, um den Sachverhalt besser beurteilen zu können.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt aus, dass, wenn ein Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben wird, dies nur dann einen Sinn macht, wenn auch Konsens darüber bestehe, dass eine Übertragung auf den Rhein-Kreis Neuss gewollt ist, ansonsten mache es keinen Sinn mehr, erneut Verwaltungspotential zu binden.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.8	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 10 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltung
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Ratsfraktion, die Trägerschaft der städtischen Kindergärten auf den Rhein-Kreis Neuss zu übertragen, ab.	

– Zusammenlegung der Bauhöfe Kaarst und Korschenbroich

Ausschussmitglied Herbert Trautermann erläutert den Antrag der FDP-Ratsfraktion, die Zusammenlegung der Bauhöfe Korschenbroich und Kaarst zu forcieren. Nach Auffassung der FDP-Ratsfraktion kann hierdurch eine jährliche Ersparnis von bis zu 80.000,00 EUR erzielt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass über das Ergebnis der Untersuchung am 22.04. im Hauptausschuss berichtet wird. Klar ist, dass bei einer Zusammenlegung der Bauhöfe auch ein zweiter Partner bereit sein muss für eine solche Zusammenlegung. Bis zum 22.04. ist jedoch entschieden, ob es einen solchen Partner gibt.

Ausschussmitglied Marc Venten gibt zu bedenken, dass dem theoretischen Einsparpotential aber auch reale Investitionen gegenüberstehen, z.B. an einem neuen Standort.

Ausschussmitglied Herbert Trautermann erklärt hierzu, dass die Zusammenlegung zu keinerlei Mehrkosten führe.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bittet die Politik noch bis zum 22.04. zu warten, dann werde die Verwaltung das Ergebnis vorlegen.

Aus diesem Grunde wird auf eine Abstimmung des Antrages der FDP-Ratsfraktion verzichtet.

– Interkommunale Einkaufsgemeinschaften bilden

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen regt an, interkommunale Einkaufsgemeinschaften zu bilden. Hieraus ließen sich positive Erträge generieren.

Beigeordneter Rudolf Graaff führt hierzu aus, dass dies bereits innerhalb der Verwaltung so praktiziert werde. Als Beispiel seien hier genannt, das Leasen von PC's über die ITK-Rheinland sowie die Beschaffung von Kfz über den Rhein-Kreis Neuss.

– Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Vollstreckung prüfen

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze zitiert den GPA-Bericht, wonach die Einnahmen in diesem Bereich dem ermittelten Wert vergleichbarer Kommunen entsprechen.

Ausschussmitglied Marc Venten ergänzt hierzu, dass die Einnahmen aus der Vollstreckungstätigkeit auch in anderen Produkten zu finden sind, z.B. im Steuerwesen oder im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft erhöhen, da sich dort durch die erfolgreiche Vollstreckung die Einnahmen erhöhen. Das Produkt Vollstreckung selbst kann daher nie kostendeckend arbeiten.

Über die Anträge der FDP-Ratsfraktion zur Interkommunalen Zusammenarbeit wird einzeln nicht abgestimmt.

3.2.3 Grundwasser

– Aktueller Sachstandsbericht Grundwassermanagement (CDU/SPD)

a) Die Verwaltung wird beauftragt, einen aktuellen Sachstandsbericht zum Stand der Gespräche des Rhein-Kreises Neuss mit den potentiellen Betreibern eines Grundwassermanagements in Korschenbroich abzugeben.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, nach Feststellung der dauerhaften Betriebskosten des Grundwasserbegrenzungsmodells des Erftverbandes in Korschenbroich an die Grundstückseigentümer der vom Grundwasser betroffenen Gebiete heranzutreten und deren dauerhafte Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an den entstehenden Kosten in Höhe des Bürgeranteils von 80 % festzustellen.

Ausschussmitglied Marc Venten erläutert nunmehr die von beiden Fraktionen gestellten Anträge a) und b) und bittet die Verwaltung über den Sachstand zu berichten, da Restmittel

aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 130.000,00 EUR nach wie vor bis zur Klärung der gestellten Fragen gesperrt sind.

Des Weiteren wird beantragt, zunächst die Bereitschaft der Grundstückseigentümer in dem vom Grundwasseranstieg betroffenen Bereichen zur dauerhaften finanziellen Beteiligung an den Betriebskosten eines Grundwassermanagements in Höhe des Bürgeranteils von 80 % festzustellen. Aus diesem Grunde soll die Verwaltung sobald die dauerhaften Betriebskosten feststehen, Gespräche mit dem vorstehenden Personenkreis führen.

Ausschussmitglied Paul Jahny berichtet darüber, dass er im Kreistag nachgefragt habe, welche neuen Sachstände vorliegen und welche Anbieter sich bereits gemeldet haben, damit die Dinge möglichst zügig abgewickelt werden können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick gibt hierzu bekannt, dass der Landrat des Rhein-Kreises Neuss 4 bis 5 Verbände und Firmen bereits angeschrieben habe. Bisher lägen jedoch nur 2 Rückmeldungen grober Natur vor.

Da der gemeinsame Antrag a) nur einen Sachstandsbericht beinhaltete, wird hierüber nicht abgestimmt.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.9	Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich stimmt dem Antrag der CDU/SPD-Ratsfraktion zu, nach Feststellung der dauerhaften Betriebskosten des Grundwasserbegrenzungsmodells des Erftverbandes in Korschenbroich an die Grundstückseigentümer der vom Grundwasser betroffenen Gebiete heranzutreten und deren dauerhafte Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an den entstehenden Kosten in Höhe des Bürgeranteils von 80 % festzustellen.	

– Ab 2011 jährlich 140.000,00 EUR für Grundwassermaßnahmen zu veranschlagen (Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert diesen Antrag und stellt fest, dass das Grundwasserproblem in Korschenbroich weiterhin ungelöst ist. Um jedoch in Zukunft gesunde Lebensverhältnisse und eine intakte Infrastruktur sicherzustellen, sollen ab 2011 140.000,00 EUR in den Haushalt eingestellt werden. Unter der Maßgabe, dass die Veranschlagung der Mittel für Grundwassermaßnahmen erfolgt, ist die Fraktion Die Aktive bereit, die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung der Grundsteuer B um 6,25 % mitzutragen.

Der Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert hierzu, dass Mittel nur dann für Grundwassermaßnahmen ausgegeben werden können, wenn die Finanzierung, so wie derzeit beschlossen, auch sichergestellt ist. Rückstellungen dürfen nach § 36 der Gemeindehaushaltsverordnung nicht gebildet werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick hat keinerlei Verständnis für solche Vorschläge, da die genannten 140.000,00 EUR eine Fantasiesumme darstelle und durch nichts zu untermauern ist.

Ausschussmitglied Albert Richter ergänzt, dass abschließend hierüber nur diskutiert werden kann, wenn die Bürger zum Thema Grundwasser befragt worden sind. Erst hiernach lassen sich konkrete Feststellungen treffen, ob und welche Summen einzustellen sind, dies sei jedoch bei dieser Haushaltslage sehr schwierig.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt die Frage in den Raum, was ist wenn die Bürger zu der 80:20-Regelung nein sagen. Was ist dann?

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass konkrete Aussagen erst gegeben werden können, wenn die Bürger befragt worden sind. Jetzt könne man hierüber nur spekulieren.

Ausschussmitglied Marc Venten schließt sich der Auffassung des Bürgermeisters an.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bekräftigt nochmals den Antrag seiner Fraktion, da über eine Finanzierung von Grundwassermaßnahmen im Jahre 2011 jetzt befunden werden muss, da ansonsten im nächsten Jahr an gleicher Stelle von der Verwaltung gesagt wird, dass für Grundwassermaßnahmen kein Geld da sei.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beantragt für Grundwassermaßnahmen ab dem Haushaltsjahr 2011 Rückstellungen in Höhe von 150.000,00 EUR in den Haushalt einzustellen. Die hierfür notwendigen Mittel sind an anderer Stelle einzusparen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt hierzu, dass nach der Gemeindehaushaltsverordnung Rückstellungen nicht gebildet werden dürfen. Des weiteren dürfen die zurückgestellten Gelder für Grundwassermaßnahmen nicht an einer Steuererhöhung festgemacht werden.

Abschließend erklärt Albert Richter zu diesem Thema, dass wir erst dann konkret werden können, wenn die Bürger befragt sind und wenn wir die entsprechenden Kosten haben, erst dann können die entsprechenden Antworten gegeben werden. Entschließen sich die Bürger für eine 80:20-Regelung, dann sind wir in der Verpflichtung.

Nach Abschluss dieser Diskussion zieht die FDP-Ratsfraktion ihren an die Verwaltung gerichteten Antrag zurück, für Grundwasser ab 2011 Rückstellungen in Höhe von 150.000,00 EUR im Haushalt einzustellen.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.10	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive ab, ab dem Haushaltsjahr 2011 jährlich 140.000,00 EUR für Grundwassermaßnahmen zu veranschlagen.	

3.2.4 Ratsarbeit (alle Anträge Die Aktive)

– Absenkung der Zuschüsse an die Fraktionen

Die personenbezogenen Zuschüsse der Stadt an die Fraktionen werden um 25 % von 200,00 EUR auf 150,00 EUR pro Kopf/Jahr reduziert.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert diesen Antrag dahingehend, dass bei einer beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer die Bürger höher belastet werden. Aus diesem Grunde muss auch der Rat zu den Einsparungen bereit sein. Werden die direkten Zuschüsse an die Fraktionen abgesenkt, würde sich hierdurch ein Einsparpotential von 2.400,00 EUR jährlich ergeben. Die Antragstellung orientiert sich an die Stadt Langenfeld.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 14 von 27

Ausschussmitglied Peter Berger erklärt hierzu, dass man mit den gewährten Zuschüssen an die Fraktion sorgfältig umgehe und auch die Fraktionsarbeit wird bereits am unteren Ende der Kosten betrieben. Von daher ist der Betrag zu belassen.

Ausschussmitglied Paul Jahny erklärt hierzu, den Betrag für 2010 zu belassen und ab dem Haushaltsjahr 2011 hierüber neu zu beraten.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erklärt, dass die Fraktionsarbeit in Korschenbroich besonders preiswert betrieben wird. Dennoch könne man sich dem Antrag der Ratsfraktion Die Aktive anschließen.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack bekräftigt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, da dies auch ein symbolischer Akt nach außen für alle Beteiligten sei.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bekräftigt ebenfalls, dass die Fraktionsarbeit in Korschenbroich bereits auf einem niedrigeren Kostenlevel betrieben werde. Würde die vorgeschlagene Absenkung der Zuschüsse an die Fraktion jedoch in einem sogenannten Masterplan eingearbeitet, so könne man sich diesem Antrag anschließen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt abschließend, den Betrag für 2010 zu belassen und die Verwaltung zu beauftragen, bis zum Haushaltsjahr 2011 mit anderen Kommunen in Kontakt zu treten und die Thematik der Reduzierung von Zuschüssen an Fraktionen aufzuarbeiten.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.11	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, bis zum Jahre 2011 zur Absenkung der Zuschüsse an die Fraktionen ein geeignetes Konzept zu erarbeiten und hierzu anschließend zu berichten.	

– Reduzierung der Zahl der Ratsmitglieder ab der nächsten Wahlperiode

Ausschussmitglied Paul Jahny berichtet hierzu, dass hierzu konkrete Aussagen erst ein Jahr vor den nächsten Neuwahlen gemacht werden können. Der neue Rat sollte dann festlegen, mit welcher konkreten Zahl der Ratsmitglieder Ratsarbeit betrieben werden sollte.

Ausschussmitglied Peter Berger erklärt hierzu, dass derzeit kein Handlungsbedarf bestehe und von daher sei dieses Thema erst vor der nächsten Kommunalwahl zu behandeln.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bekräftigt ebenfalls, dass dieser Antrag sehr früh gestellt sei. Er sei jedoch jederzeit bereit, hierüber zu beraten, bittet jedoch diesen Antrag als Vertagungsantrag zu werten.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.12	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vertagt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, die Zahl der Ratsmitglieder ab der kommenden Wahlperiode von 44 auf 40 zu senken.	

– Reduzierung des Verwaltungsaufwandes/elektronische Sitzungsunterlagen

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass seiner Auffassung nach dieser Antrag nur die Vorstufe eines Antrags sei auf Bereitstellung von Laptops für die einzelnen Ausschussmitglieder, denn durch die Anzahl der zu tätigenen Ausdrucke würde der Home-Drucker zu Hause sehr schnell überlastet.

Ausschussmitglied Marc Venten ergänzt, dass man jetzt schon enorme Zeit benötige, die einzelnen Sitzungsvorlagen durchzuarbeiten und zu lesen. Sollten zukünftig die Sitzungsunterlagen in elektronischer Form übermittelt werden, käme hierzu noch der Zeitaufwand für den Ausdruck hinzu.

Ausschussmitglied Herbert Trautermann führt aus, dass PDF-Dokumente durchaus auch ihre Vorteile haben. Denn gerade durch die Form als PDF können diese besser archiviert und dann später schneller darauf zugegriffen werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick gibt hier zu bedenken, dass auch die Frage dann geklärt werden muss, wie mit dem nichtöffentlichen Teil umgegangen werden kann.

Ausschussmitglied Jutta Goebel erklärt hierzu, dass gerade im Bereich des Planungsausschusses eine Übermittlung in elektronischer Form Sinn mache, da diese Sitzungsunterlagen sehr umfangreich seien und man bei Übermittlung in elektronischer Form diese besser durcharbeiten könne.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt die Frage an die Ausschussmitglieder, wie dann zukünftig die Ausschussarbeit aussehen wird. Wenn Einladungen und Niederschriften in elektronischer Form auf den Laptop gespielt werden, dann kommen zwangsläufig auch die Anträge auf Bereitstellung von Laptops. Dies würde dann wiederum den Haushalt belasten.

Ausschussmitglied Albert Richter erklärt, wer vernünftige Ausschussarbeit machen will, der muss dies mit Papier machen. Soll dies aber zukünftig in elektronischer Form vollzogen werden, dann stellt sich für ihn die entscheidende Frage nach der Verschlüsselungssoftware.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erklärt hierzu, dass in diesem Bereich langfristig gedacht werden sollte. Das papierlose Büro wird die Zukunft sein. Insbesondere werde man zukünftig nur noch sogenannte Lesebücher benötigen, die dann auf das Netzwerk und das Archivierungsprogramm der Stadt zugreifen können. Die Benutzung solcher Lesebücher führt zu Kostenreduzierungen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet hierzu, dass einzelne Ausschussmitglieder noch nicht einmal über eine eigene Email-Adresse verfügen.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack regt an, die Übermittlung der Ausschussunterlagen parallel in Papierform und oder wo es möglich ist, in elektronischer Form vorzunehmen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen berichtet zu dieser Thematik, dass es in Kürze den Ausschussmitgliedern möglich sein wird, über ein Onlineportal sich in das Netzwerk der Stadt Korschenbroich einzuloggen. Hierzu werden dann zukünftig im System Lese- bzw. Auskunftsrechte vergeben.

Zu diesem Antrag der Ratsfraktion Die Aktive erfolgt keine Abstimmung.

3.2.5 Gebäude(-nutzung) (CDU/SPD)

- Kostenvergleich Nutzung Gebäude Kita Hochstraße durch Feuerwehr Kleinenbroich
 - Prüfung der Verlegung Kita Hochstr. in Räumlichkeiten ehem. Hort "Flummigumm"
- a) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch die notwendige Auslagerung des Kindergartens "Hochstraße" im Ortsteil Kleinenbroich infolge des Ausbaus der Betreuung von Kinder von 0 bis 3 Jahren das freiwerdende Gebäude für eine Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Kleinenbroich herangezogen werden kann und ob die damit verbundenen Kosten niedriger sind, als die Kosten einer anderweitigen Erweiterung.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verlegung des Kindergartens "Hochstraße" im Ortsteil Kleinenbroich in die Räumlichkeiten des ehemaligen Kinderhortes "Flummigumm" an der Pestalozzistraße/Gutenbergschule zu prüfen.

Diese beiden gestellten Anträge der Ratsfraktionen CDU/SPD werden von Marc Venten eingehend erläutert. Insbesondere muss aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahlen des Löschzuges Kleinenbroich und hierdurch bedingtem höheren Raumbedarf das Feuerwehrgerätehaus in Kleinenbroich erweitert werden. Da das Gebäude des Kindergartens Hochstraße unmittelbar an das Feuerwehrgerätehaus grenzt und dieses sich nicht für den Ausbau einer Betreuung von Kinder unter 3 Jahren eignet, müsste der Kindergarten ausgelagert werden. Die Verwaltung solle daher prüfen, inwieweit eine Verlagerung des Kindergartens in die Räumlichkeiten des ehemaligen Kinderhortes Flummigumm an der Pestalozzi/Gutenbergschule möglich ist. Wäre eine solche Verlagerung des Kindergartens möglich, so stelle dies die wirtschaftlichste Alternative dar.

Ausschussmitglied Albert Richter bezieht sich an dieser Stelle auch auf Punkt 5 des gemeinsamen Antrages der CDU/SPD-Fraktion, wonach die Verwaltung beauftragt wird, unter Beachtung der Beibehaltung der bisherigen Schulstandorte, die im Zuge der demografischen Entwicklung freiwerdenden Flächen in Schulen und anderen öffentlichen bzw. stadt-eigenen Gebäuden, fortlaufend auf die Möglichkeit einer anderweitigen Nutzung oder gegebenenfalls Veräußerung hin zu prüfen. Insbesondere weist er darauf hin, dass die Beibehaltung der bisherigen Schulstandorte für diese Wahlperiode notwendig sind.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass es richtig ist, dass der Kindergarten Hochstraße sich nicht für eine U3-Betreuung eignet. Unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten macht eine Unterbringung dieses Kindergartens in den Räumlichkeiten "Flummigumm" Sinn. Allerdings sind diese Überlegungen derzeit verwaltungsintern noch nicht zu Ende gedacht.

Ausschussmitglied Jutta Goebel gibt zu bedenken, dass Seitens der Schulleitung Gutenbergschule bereits immer wieder die schlechten Verkehrs- und Parkmöglichkeiten im Bereich der Gutenbergschule bemängelt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt eine verwaltungsinterne Prüfung der Verkehrssituation zu und führt hierzu aus, dass letztendlich eine Verlagerung dieses Kindergartens im Fachausschuss beschlossen wird.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt abschließend fest, dass im Bereich der Feuerwehr Kleinenbroich etwas unternommen werden muss und man sich jetzt Gedanken machen muss, wie damit umzugehen sei.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 17 von 27

Beschluss-Nr. VIII/98.0.13	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich stimmt einstimmig dem gemeinsamen Antrag von CDU/SPD zu, die Verwaltung zu beauftragen und zu prüfen, ob durch die notwendige Auslagerung des Kindergartens Hochstraße im Ortsteil Kleinenbroich infolge des Ausbaus der Betreuung von Kindern von 0 – 3 Jahren das freiwerdende Gebäude für eine Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Kleinenbroich herangezogen werden kann und ob die damit verbundenen Kosten niedriger sind als die Kosten einer anderweitigen Erweiterung.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.14	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich stimmt einstimmig dem gemeinsamen Antrag von CDU/SPD zu, die Verwaltung zu beauftragen, eine Verlegung des Kindergartens "Hochstraße" im Ortsteil Kleinenbroich in die Räumlichkeiten des ehemaligen Kinderhortes "Flummigumm" an der Pestalozzistraße/Gutenbergschule zu prüfen.	

**– Fortlaufende Prüfung des Gebäudebestandes;
anderweitige Nutzung oder Veräußerung**

Die Behandlung dieses Antrages erfolgte im Rahmen der Diskussion über die Nutzung des Gebäudes Hochstraße. Insofern erfolgt hier keine Abstimmung.

– Räumliche Zusammenlegung von Haupt- und Realschule im Gebäude Realschule (Aktive)

Ausschussmitglied Jutta Goebel trägt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vor, eine räumliche Zusammenlegung von Haupt- und Realschule in dem Gebäude der Realschule ab dem Schuljahr 2013/2014 zu prüfen.

Hierzu führt er aus, dass aufgrund des demografischen Wandel in Zukunft weniger Schüler da sein werden. Dies wissen wir alle. Nur könne konkret zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage zu den Haushaltsjahren 2013 und 2014 gemacht werden, insbesondere nicht vor dem Hintergrund der derzeit geführten politischen Diskussion um kleinere Klassen.

Ausschussmitglied Peter Berger betitelt diesen Antrag als unausgegoren und völlig deplaziert. Hierdurch werden Eltern nur verunsichert, die überlegen für diese Schulformen ihre Kinder anmelden zu wollen.

Ausschussmitglied Albert Richter macht deutlich, dass zukünftig grundsätzlich über die Nutzung aller Gebäude nachgedacht werden muss. Derzeit sollen jedoch die Schulstandorte nicht in Frage gestellt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick regt an, zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Diskussion nicht zu führen, da sich die Schullandschaft derzeit ständig verändere und von daher eine Diskussion verfrüht sei. Sie wird aber auf jeden Fall kommen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben merkt an, dass im letzten Jahr bereits diskutiert worden ist, wie zukünftig mit den einzelnen Schulstandorten umzugehen sei. Von daher sei der Antrag der Ratsfraktion Die Aktive nicht falsch, aber man muss dies erst intensiv prüfen. Sicher sei, dass zukünftig Haupt- und Realschule in einem Gebäude untergebracht werden können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass solche Spekulationen zum derzeitigen Zeitpunkt überhaupt keinen Sinn machen.

Ausschussmitglied Albert Richter ergänzt hierzu, dass derzeit keinerlei Veranlassung gegeben sei, etwas zu beschließen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell gibt jedoch zu bedenken, dass gerade was die Schulen betrifft langfristiges Denken notwendig sei, insbesondere wie gehen wir in ein paar Jahren mit unseren Schulgebäuden um.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass durch diese Diskussion unser gut funktionierendes System total verunsichert werde. Keiner weiß heute in 2010 wie sich die Schullandschaft in 2014 verändere.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.15	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive ab, eine räumliche Zusammenlegung von Haupt- und Realschule im Gebäude der Realschule ab dem Schuljahr 2013/2014 zu prüfen, ab.	

Beschluss-Nr. VIII/98.0.16	Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, unter Beachtung der Beibehaltung der bisherigen Schulstandorte, die im Zuge der demografischen Entwicklung freiwerdenden Flächen in Schulen und anderen öffentlichen bzw. stadteigenen Gebäuden fortlaufend auf die Möglichkeit einer anderweitigen Nutzung oder ggf. Veräußerung hin zu prüfen.	

3.2.6 Infrastruktur

– Berichtspflicht zum Austausch energiesparender Leuchtkörper/Straßenbeleuchtung (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten bittet die Verwaltung, den Ausschuss für Bau und Verkehr über den derzeitigen Stand des Austausches der bisherigen Leuchtmittel gegen energiesparender Leuchtkörper bei der Straßenverkehrsbeleuchtung zu informieren. Darüber hinaus beauftragt er die Verwaltung, den Ausschuss für Bau und Verkehr in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des Austausches der Leuchtmittel in Kenntnis zu setzen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt hierzu aus, dass wir im Stadtgebiet von Korschenbroich unterschiedliche Netzbetreiber haben. Von daher kann ein solcher Auftrag

nur das eigene Netz betreffen, wobei in diesem Bereich schon viele Leuchtmittel ausgetauscht worden sind.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.17	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, den Ausschuss für Bau und Verkehr über den derzeitigen Stand des Austausches der bisherigen Leuchtmittel gegen energiesparende Leuchtkörper bei der Straßenverkehrsbeleuchtung zu informieren. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, den Ausschuss für Bau und Verkehr in regelmäßigen Abständen über den Fortgang des Austausches der Leuchtmittel in Kenntnis zu setzen.	

– Digitales Straßenkataster zurückstellen (CDU/SPD, FDP)

Ausschussmitglied Peter Berger beantragt für die Erstellung eines digitalen Straßenkatasters Mittel in Höhe von 100.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2010 zu streichen und in Höhe von 350.000,00 EUR über dem mittelfristigen Planungszeitraum aus dem Haushalt herauszunehmen. Die Erstellung eines digitalen Straßenkatasters sei wünschenswert und würde auch das Arbeiten im Fachamt erleichtern. Finanziell kann sich die Stadt Korschenbroich derzeit eine solche Erstellung nicht leisten.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell hält eine solche Maßnahme durchaus für wünschenswert und auch notwendig, da sich hieraus entscheidende Informationen über die Straßen der Stadt Korschenbroich ermitteln lassen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt hierzu aus, dass er als Fachdezernent die Maßnahme für wünschenswert hält, jedoch als Stadtkämmerer derzeit keine finanziellen Spielraum zur Realisierung sehe. Darüber hinaus ergeben sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits preiswertere Lösungen als die die im Haushaltsplanentwurf eingestellt worden sind. Hierzu wird er im nächsten Bauausschuss entsprechende Ergebnisse vorstellen.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.18	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich stimmt dem gemeinsamen Antrag von CDU/SPD und FDP zu, die im Haushaltsentwurf eingeplanten Mittel für die Erstellung eines digitalen Straßenkatasters in Höhe von 100.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2010 und in Höhe von 350.000,00 EUR zu sperren.	

– Handlungsmöglichkeiten Konzessionsverträge einschließlich eigene Stadtwerke aufzeigen/prüfen (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten stellt den gemeinsamen Antrag vor und beantragt die Verwaltung zu beauftragen, die möglichen Handlungsmöglichkeiten der Stadt Korschenbroich im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Energielieferungskonzession im Jahre 2012 aufzuzeigen. Darüber hinaus soll die Verwaltung beauftragt werden, die Möglichkeit der Gründung eigener Stadtwerke im Hinblick auf die Möglichkeit der Generierung zusätzlicher und nach-

haltiger Einnahmen im Vergleich zu einer Verlängerung der Konzessionsverträge zu prüfen. Für diese Prüfung sei es notwendig, frühzeitig externe Berater heranzuziehen, welche uns die Handlungsmöglichkeiten aufzeigen können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt zu, im März zu berichten.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.19	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, die möglichen Handlungsmöglichkeiten der Stadt Korschenbroich im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Energielieferungskonzessionen im Jahre 2012 aufzuzeigen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten der Gründung eigener Stadtwerke im Hinblick auf die Möglichkeit zur Generierung zusätzlicher und nachhaltiger Einnahmen im Vergleich zu einer Verlängerung der Konzessionsverträge zu prüfen.	

– **Verkehrstechnische Maßnahmen auf der Sebastianusstraße (CDU/SPD)**

Ausschussmitglied Paul Jahny beantragt für die Ratsfraktionen CDU und SPD die Kosten der Einholung eines verkehrsanalytischen Gutachtens für verkehrslenkende Maßnahmen auf der Sebastianusstraße zu ermitteln. Insbesondere befürchte er, durch verkehrslenkende Maßnahmen auf der Sebastianusstraße eine Verdrängung des Verkehrs in die Nebenstraßen, deshalb zunächst die Untersuchung.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben ist für seine Fraktion der Auffassung, dass dieses Thema unbedingt angepackt werden solle. Von daher wird er diesem Antrag zustimmen.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.20	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt einstimmig die Verwaltung, die Kosten der Einholung eines verkehrsanalytischen Gutachtens für verkehrslenkende Maßnahmen auf der Sebastianusstraße zu ermitteln.	

– **Neubau Kleinspielfeld zurückstellen (FDP)**

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beantragt für die FDP-Ratsfraktion die im Haushaltsplan 2010 eingestellten 150.000,00 EUR für den Neubau eines Kleinspielfeldes zurückzustellen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel weist daraufhin, dass Grundlage der Beschlussfassung im Fachausschuss am 08.12.2009 Baukosten in Höhe von 120.000,00 EUR waren.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert hierzu, dass mit den geplanten 150.000,00 EUR – wie im Fachausschuss einstimmig beschlossen - ein Kleinspielfeld im Ortsteil Korschenbroich errichtet werden soll. Mit dieser Maßnahme komme man in Korschenbroich dem Wunsch der Jugendlichen entgegen, wieder eine bespielbare Fläche ganzjährig zu haben. Diese Maßnahme erfolge in Abstimmung mit dem Kreisjugendamt und diene auch dem Abbau von Vandalismus im Ortskern. Die hierzu schon in 2009 bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 120.000,00 EUR wurden nicht in Anspruch genommen. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu seien allerdings schon angelaufen.

Von daher wurden die 150.000,00 EUR von der Verwaltung im Haushaltsplan 2010 eingestellt.

Für die FDP-Ratsfraktion zieht das Ausschussmitglied Herbert Trautermann den Antrag zurück, da die FDP-Fraktion der Auffassung war, es handele sich hier um ein Kleinspielfeld in Kleinenbroich.

3.2.7 Sonstiges

– **Schließung der Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn (FDP/Aktive)**

Von der FDP-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Die Aktive wird der Antrag gestellt, die Verwaltungsnebenstellen Glehn und Kleinenbroich zu schließen. Durch die Einführung des Bürgerbusses gebe es keinen Grund mehr, die Nebenstellen aufrechtzuerhalten. Sie stellen somit einen verzichtbaren Kostenfaktor dar. Darüber hinaus mache die verschärfte Haushaltssituation auf Dauer eine Schließung der Nebenstellen unumgänglich.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt anhand einer Folie, die als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügt ist, die jährlichen Kosten für die Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn auf Grundlage der Daten für das Jahr 2009 dar. Da die Kosten für diese Nebenstellen in Kleinenbroich 240,31 EUR und in Glehn 131,02 EUR betragen, können diese Summen vernachlässigt werden. Des Weiteren werde in den nächsten Jahren 1 Mitarbeiter, der z.Z. die Verwaltungsnebenstellen betreut, aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt daraufhin nach, ob die Vereine, die diese Räumlichkeiten nutzen, die entsprechenden Energiekostenanteile zahlen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt eine Prüfung zu.

Ausschussmitglied Peter Berger macht deutlich, dass die Objekte, in denen die Verwaltungsnebenstellen untergebracht sind, auch nicht verkauft werden sollen. Geht die Verwaltung aus diesen Räumlichkeiten heraus, können hier die Vereine eine zusätzliche Nutzungsmöglichkeit haben.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.21	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltung
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktionen FDP und Die Aktive ab, die Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn zu schließen.	

– **Pflanzkübel: Dauerbegrünung und Patenschaften (Die Aktive)**

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, die in der Stadt Korschenbroich befindlichen Pflanzkübel zukünftig mit einer Dauerbegrünung zu versehen. In neu angelegten Patenschaften sollen Grünflächen von Beginn an nur noch durch Patenschaften gepflegt werden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt hierzu, dass in den letzten Jahren schon verstärkt Pflanzkübel entfernt worden sind, da diese durch Verrottung nicht mehr benutzbar waren. In diesem Jahr sei es in einem Einzelfall sogar vorgekommen, dass ein leerer Pflanzkübel mit einem Weihnachtsbaum neu ausstaffiert worden sei.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.22	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 10 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltung
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, Pflanzkübel zukünftig nur noch mit einer Dauerbegrünung zu versehen, ab.	

– **Kompetenzcenter für Grundschulen Glehn/Liedberg und Gutenberg/Maternus (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beantragt analog der Lösung der Grundschulen Andreas-Schule Korschenbroich/Pesch auch für die Schulen in Glehn und Liedberg sowie Gutenberg und Maternusschule ein sogenanntes Kompetenzcenter zu bilden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert hierzu, dass seiner Auffassung nach hier sicherlich die Dependancelösung gemeint sei, die seinerzeit für Pesch und Korschenbroich ermöglicht wurde. Hier konnte durch Errichtung einer Dependance 1 Schulleiter eingespart werden. Der Unterschied hierbei ist nur, dass hier das Land unter Haushaltsgesichtspunkten gespart habe, für die Stadt Korschenbroich selbst ergaben sich hierdurch keine Einsparungen.

Aufgrund der Erläuterungen des Bürgermeisters zieht die FDP-Ratsfraktion den Antrag zurück.

– **Einsparung freiwilliger Leistungen (25 % von 1,56 Mio. EUR); Liste durch Verwaltung (FDP)**

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen beantragt für die FDP-Ratsfraktion, von den freiwilligen Leistungen in Höhe von 1,56 Mio. EUR 25 % einzusparen. Hierbei solle von der Verwaltung aufgezeigt werden, welche Leistungen davon betroffen sind.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze entgegnet, dass die Verwaltung im Haushaltssicherungskonzept den Vorschlag gemacht habe, sukzessive von den freiwilligen Leistungen in den nächsten Haushaltsjahren 80.000,00 EUR, 150.000,00 EUR, 250.000,00 EUR zu sparen. Die von der Verwaltung eingesetzte Arbeitsgruppe zur Haushaltssicherung wird hierzu Vorschläge erarbeiten.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben fragt nach, weshalb die Verwaltung Zuschüsse zur Frühjahrsinstandsetzung für Tennisplätze gewähre.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass die einzelnen Tennisplätze im Eigentum der Stadt Korschenbroich sind und von daher die Stadt Korschenbroich auch zuständig sei für die Frühjahrsinstandsetzung. Aufgrund vertraglicher Regelungen erhalten die einzelnen Vereine Zuschüsse hierfür, alle anderen Arbeiten werden von den Vereinen selber getätigt.

Ausschussmitglied Peter Berger stellt fest, dass die pauschale Kürzung von 25 % bei den freiwilligen Ausgaben uns so nicht weiterbringt, so lange nicht gesagt wird, welche Einsparungen vorgenommen werden sollen. Hier sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abgewartet werden.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 23 von 27

Beschluss-Nr. VIII/98.0.23	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP-Ratsfraktion ab, von den freiwilligen Leistungen in Höhe von 1,56 Mio. EUR pauschal 25 % einzusparen.	

Nachdem nunmehr alle Anträge der Ratsfraktionen zum Haushalt abgearbeitet worden sind, fragt Bürgermeister Heinz Josef Dick nach, ob noch weitere Anregungen oder Sonstiges vorliegt.

Ausschussmitglied Albert Richter fragt nach, ob zum Umbau der Bahnhöfe nicht Planungskosten eingestellt werden sollten, um schneller reagieren zu können.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt hierzu aus, dass die Bahn entsprechend tätig wird und insofern für die Stadt Korschenbroich keinerlei Planungskosten anfallen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben ist der Auffassung, dass bereits in 2010 sich Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen erreichen lassen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, man solle doch zuerst die Ergebnisse der verwaltungintern eingesetzten Arbeitsgruppe abwarten.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben beantragt, die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Steuererhöhungen bei der Grundsteuer A und B bereits für das Haushaltsjahr 2010 zu erhöhen.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen führt aus, dass hierdurch die vom Grundwasser betroffenen Bürger noch mehr belastet würden.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich ebenfalls für eine Steuererhöhung erst in 2011 aus, da die Bürger unserer Stadt Planungssicherheit benötigen. Mit Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept wisse der Bürger Bescheid, dass im Jahre 2011 die Grundsteuer A und Grundsteuer B erhöht würden.

Ausschussmitglied Paul Jahny hält diese Vorgehensweise auch nicht für praktikabel, da bereits die Steuerbescheide 2010 dem Bürger zugestellt worden sind, insofern solle man es bei der Vorgehensweise wie im Haushaltssicherungskonzept, belassen.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.24	Abstimmungsergebnis: 1 Stimme dafür 15 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer A und B bereits für 2010 zu erhöhen, ab.	

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.01.2010

Seite 24 von 27

Ausschussmitglied Wolfgang Houben beantragt die Hundesteuer im Jahre 2010 wiederum zu erhöhen.

Ausschussmitglied Albert Richter regt an, eine evtl. Erhöhung der Hundesteuer im Haushaltssicherungskonzept 2011 aufzunehmen und vorher verwaltungsintern zu prüfen, ob überhaupt noch eine Erhöhung der Hundesteuer möglich sei.

Eine Beschlussfassung zur beantragten Erhöhung der Hundesteuer wird nicht gefasst, da erst verwaltungsintern geprüft werden muss, ob eine solche Erhöhung überhaupt rechtlich zulässig ist.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben beantragt im Ortskern von Korschenbroich eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass die Parkscheibenregelung allgemeiner Konsens ist und keine Parkuhren gewollt sind, darüber sind sich alle Parteien einig. Die Stadt Korschenbroich ist ländlich strukturiert und von daher wollen wir weiterhin den freien Zugang zu den Parkplätzen haben.

Ausschussmitglied Peter Berger schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an und beantragt hierüber im Fachausschuss zu beraten.

Ausschussmitglied Albert Richter bekräftigt, dass wir die Parkscheibenregelung in Korschenbroich eingeführt haben und dies auch weiterhin wollen. Geld für Parken wird es mit seiner Fraktion nicht geben.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.25	Abstimmungsergebnis: 1 Stimme dafür 13 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung eines neuen sinnvollen Parkraumbewirtschaftungssystems, ab.	

– Novellierung der Satzung über Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule (OGTS)

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt anhand der Folie (Anlage 6) die Einnahmehbeschaffung jeder einzelnen Kommune aus Gebühren und Entgelten dar. Insbesondere hat die Kommune die Pflicht nach § 76 GO vor Erhebung von Steuern zunächst spezielle Entgelte zu erheben.

Da der z.Z. geltende Elternbeitrag in der offenen Ganztagschule nicht auskömmlich sei, schlägt er eine Erhöhung der Elternbeiträge vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses für das kommende Schuljahr vor (Anlage 6a).

Beschluss-Nr. VIII/98.0.26	Abstimmungsergebnis: 16 Stimme dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt einstimmig dem Rat der Stadt Korschenbroich die vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule ab dem nächsten Schuljahr.	

– **Konzertzuschüsse für Vereine in der Stadt Korschenbroich (Anlage 7)**

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt den Mitgliedern des Hauptausschusses, dass z.Z. für die Bezuschussung von Konzerten innerhalb der Stadt Korschenbroich die Regelung gilt, dass es zu den ungedeckten Kosten eines Konzertes einen 30 %igen Zuschuss der Stadt Korschenbroich gibt. In Einzelfällen hat diese Regelung jedoch dazu geführt, dass Vereine zu einem Konzert einen hochkarätigen Künstler eingeladen haben, aufgrund der zu zahlenden höheren Gage stiegen die ungedeckten Kosten und somit der städtische Zuschuss. Ab dem Haushaltsjahr 2011 schlägt der Bürgermeister folgende Neuregelung vor: Die Vereine legen zukünftig für jedes Konzert eine Einnahme-/Ausgaberechnung vor, woraus sich der Anteil der ungedeckten Kosten ergibt. Zu den ungedeckten Kosten erhalten die Vereine weiterhin einen Zuschuss von 30 %, jedoch max. 600,00 EUR. Insofern wird durch diese Neuregelung der max. zu zahlende Zuschuss der Stadt gedeckelt auf 600,00 EUR ab dem Haushaltsjahr 2011.

Beschluss-Nr. VIII/98.0.27	
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt einstimmig dem Fachausschuss, zukünftig die Konzertzuschüsse für Vereine ab dem Haushaltsjahr 2011 auf max. 600,00 EUR zu begrenzen.	

– **Kosten der Kreisjugendmusikschule**

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert anhand von 3 Folien (Anlage 8 – 8 b)) den Zuschussbedarf für die Kreisjugendmusikschule je Einwohner in EUR im Zeitraum 1999 – 2007. Hiernach stiegen die Kosten für die Kreisjugendmusikschule seit dem Jahr 1999 von 243.655,00 EUR auf 287.936,00 EUR in 2007. Im Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt ermittelte diese einen in der Benchmark liegenden Zuschussbedarf je Einwohner von 1,82 EUR. Der Zuschussbedarf je Einwohner innerhalb der Stadt Korschenbroich beträgt jedoch 8,64 EUR. Es wird daher empfohlen, dass die Stadt Korschenbroich daraufhin wirken soll, Einsparpotential zu generieren, um den eigenen Zuschussbedarf dauerhaft zu senken.

Bürgermeister Heinz Josef Dick schlägt vor, ab dem Haushaltsjahr 2011 die Kosten der Kreisjugendmusikschule auf 250.000,00 EUR dauerhaft zu begrenzen.

Die vom Bürgermeister Heinz Josef Dick aufgezeigte Vorgehensweise wird einstimmig von den Mitgliedern des Hauptausschusses mitgetragen.

3.b) Haushaltssicherungskonzept 2010

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert ausführlich den Inhalt des Haushaltssicherungskonzeptes 2010. Darüber hinaus schlägt er vor, neben der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer B auch im gleichen Prozentsatz die Grundsteuer A zu erhöhen. Analog der Steigerung der Grundsteuer B würde dann der Grundsteuerhebesatz A auf 235 % steigen. Für seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt das Ausschussmitglied Wolfgang Houben die Anhebung der Grundsteuer A ab dem Haushaltsjahr 2011 im Haushaltssicherungskonzept vorzunehmen.

Da zur Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen und zum Haushaltssicherungskonzept 2010 keinerlei Anträge der Ratsfraktionen mehr vorliegen, lässt Bürgermeister Heinz Josef Dick hierüber abstimmen.

Beschluss Nr. VIII/98.1	Abstimmungsergebnis:	11 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltung
3.a) Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 in der vorliegenden Fassung, unter Berücksichtigung der vom Hauptausschuss beschlossenen Änderung, mit Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen. Zur Haushaltsausführung empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat, die im Produkt 12.01.10 – Neubau und Unterhaltung von Verkehrsflächen und Ingenieurbauwerken – eingeplanten Mittel unter den Investitionsnummern I096600006 und I096600007 zur Finanzierung eines Straßenkatasters zu sperren.		

Beschluss Nr. VIII/98.2	Abstimmungsergebnis:	12 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltung
3.b) Haushaltssicherungskonzept 2010 Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt einstimmig das Haushaltssicherungskonzept 2010 in der vorliegenden Fassung, unter Berücksichtigung der empfohlenen Einbeziehung einer Anhebung der Grundsteuer A ab dem Haushaltsjahr 2011 von derzeit 220 v.H. auf 235 v.H.		

4. Stellen- und Organisationsplan 2010 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. VIII/76.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2010 sowie die Stellenpläne 2010 für den städtischen Abwasserbetrieb Korschenbroich und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen.	

5. Mitteilungen

Bürgermeister Heinz Josef Dick gibt dem Hauptausschuss zur Kenntnis, dass die Diakonie Kleinenbroich an ihn herangetreten sei und den Wunsch geäußert habe, das Haus Tabita zu erweitern. In einem ersten Gespräch habe er Zustimmung signalisiert, damit das Vorhaben zügig umgesetzt werden kann.

Beigeordneter Rudolf Graaff gibt dem Hauptausschuss zur Kenntnis, dass die Partei Die Linke zur Überprüfung des Wahlergebnisses der Kommunalwahl Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben hat.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Wolfgang Houben berichtet, dass die Deutsche Bahn AG an den Bahnhöfen Korschenbroich und Kleinenbroich sogenannte Verspätungsanzeigen installiert hat. Die installierte Verspätungsanzeige in Korschenbroich sei richtig installiert, wobei seiner Auffassung nach die in Kleinenbroich installierte an falscher Stelle installiert worden sei. Seiner Auffassung nach würden die meisten Fahrgäste aus der Richtung Rhedung kommen und von daher würde es Sinn machen, die Verspätungsanzeige an diesem Eingang auch zu installieren und bittet um Uminstallierung.